



Ein Stück Schweiz fern der Heimat – an der Schweizerschule in Barcelona (Bild) und demnächst auch in Peking. MANU FERNANDEZ / AP

Bildung als Exportgut

In Peking öffnet die erste neue Schweizerschule seit Jahrzehnten

Das Netz der Auslandschulen soll wieder wachsen, lautet der Wunsch der Politik. Im fernen China wird er im kommenden Schuljahr Realität. Die Voraussetzungen für neue Schulen sind aber schwieriger als früher.

MARCEL AMREIN

Goldgräberstimmung. Das ist aus europäischer Sicht wohl immer noch das treffende Wort, um das Lebensgefühl in China zu beschreiben. Auch für Glücksuchende aus der Schweiz ist das Reich der Mitte während seiner rasanten Entwicklung attraktiv geworden. Ihre Zahl im Land hat sich in den letzten 25 Jahren mehr als verdoppelt, auf über 4000. Und bald wird die verstärkte Schweizer Präsenz in China eine Art Krönung erhalten: eine eigene Schweizerschule.

Die neue Auslandschule im prestigeträchtigen Peking soll im August ihren Betrieb aufnehmen, ein Jahr später als zunächst geplant. Man habe lange nach geeigneten Lehrkräften gesucht, erklärt Barbara Sulzer, die Geschäftsführerin von Educationsuisse, der Dachorganisation der Schweizerschulen in Bern. Die Anfänge fallen bescheiden aus: Die Schule ist bei einer bestehenden internationalen Schule domiziliert. Sie bietet zunächst lediglich einen Kindergarten und die ersten zwei Primarschulklassen an; jährlich sollen weitere Stufen hinzukommen. Und sie wird voraussichtlich mit der überschaubaren Zahl von 15 bis 18 Kindern starten. Gleichwohl darf man von einem Meilenstein sprechen – es ist nämlich erste Neueröffnung einer selbständigen Schweizerschule seit 1981.

Landkarte mit weissen Flecken

Ein wenig erscheinen die Schweizerschulen als ein Konzept der Vergangenheit. Die Blütezeit hatten sie in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich Schweizer Firmen immer weiter in die Welt hinauswagten und ihre Mitarbeiter lange ins ferne Ausland schickten. Seither fanden mehrere Schulen ihr Ende, so dass heute deren 17 verbleiben.

Das soll sich aber ändern. Vor drei Jahren hat die Bundesversammlung ein neues Schweizerschulengesetz beschlossen. In der Debatte wurde damals der Wunsch manifest, das Netz der Schulen solle wieder wachsen. Damit sich eine Schule im Ausland mit dem Titel «Schweizerschule» schmücken darf und die Subventionen erhält, muss sie einen ganzen Katalog an Bedingungen erfüllen, etwa eine Schweizer Trägerschaft

besitzen, den Unterricht (teilweise) in einer Landessprache erteilen und einen Patronatskanton haben, der Schule und Lehrprogramm begutachtet. Im Fall von Peking ist dies der Kanton Zürich.

Den Bestand an Schulen zu ergänzen, erscheint nicht zuletzt wegen der derzeitigen Schlagseite sinnvoll. In geografischer und sprachlicher Hinsicht macht das historisch gewachsene Netz einen arg unsystematischen Eindruck. Die Schweizerschulen liegen fast alle in Italien, Spanien oder Lateinamerika. Und sie sind fast alle deutschsprachig, nur in Bogotá findet sich zusätzlich eine französischsprachige Abteilung. Auch die neue Schule in Peking startet einzig mit der deutschen Landessprache.

Gelegentlich werden diese Ungleichgewichte zum Politikum. Vergangene Woche etwa wollte die jurassische CVP-Ständerätin Anne Seydoux im Parlament wissen, ob nicht französisch- und italienischsprachige Abteilungen gegründet werden könnten, oder eine Schule in Afrika, einem der vielen weissen Flecken auf der Landkarte der Schweizerschulen. Das wäre durchaus wünschenswert, beschied ihr der zuständige Bundesrat Alain Berset. Doch es hänge nicht in erster Linie vom Bund ab.

Guteidgenössisch gilt nämlich bei den Schweizerschulen gleichsam das Milizprinzip. Anders als einige andere Staaten gründet die Schweiz selber keine Schulen im Ausland, sondern wartet darauf, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Initiative ergreifen. Der Preis dieses Hochhaltens der Subsidiarität ist die offensichtliche Planlosigkeit.

Bei aller Planlosigkeit war immerhin eine Sache lange klar: Die Schweizerschulen dienen der Bildung der Kinder von Auslandschweizern. Unterdessen ist

selbst dieser grundlegende Zweck der Schulen nicht mehr so eindeutig. Denn lediglich noch rund ein Viertel der Schülerinnen und Schüler besitzt den Schweizer Pass. So finden sich im neuen Gesetz auch keine Mindestquoten mehr – eine Änderung, die unter den Parlamentariern nicht wenig zu reden gab.

Nomaden statt Auswanderer

«Es soll weiterhin Schweizer Schüler haben», betont Sulzer. Aber der Charakter der Schweizerschulen hat sich verändert. Sie müssen heute auch als kulturelle Leuchttürme dienen, in den Gastländern helvetische Bildung und Werte vermitteln, für ein positives Bild der Schweiz werben. Angesichts seiner Zurückhaltung bei der Errichtung von Schulen macht sich der Bund nun doch bemerkenswert detaillierte Gedanken, wo neue Schulen erwünscht wären – etwa in den Brics-Schwellenländern und anderen Schwerpunktländern der Ausenpolitik, wie aus einem Strategiepapier von 2016 hervorgeht.

Mit dem Paradigmenwechsel habe der Bund unter anderem auch der veränderten Zusammensetzung der Auslandschweizergemeinschaft Rechnung getragen, sagt Sulzer. Statt Auswanderer seien diese heute oft globale Nomaden, deren Kinder immer seltener ihre gesamte Schulzeit an einer Schweizerschule verbrachten. Diese Tatsache führe auch dazu, dass immer weniger Auslandschweizer bereit seien, sich langfristig für eine Schule zu engagieren, geschweige denn eine neue Auslandschule mit aufzubauen.

Ob nach Peking tatsächlich bald weitere neue Schulen folgen, ist unter diesen Voraussetzungen wohl offen.

Bald 18 Schweizerschulen im Ausland



QUELLE: EDUCATIONSUISSE

NZZ-Infografik/jok

Bern bekennt sich zu seinen Welschen

Bernjurassier können weiter mit Regierungssitz rechnen

VALERIE ZASLAWSKI, MOUTIER

Moutier ist am Montagmorgen nur langsam erwacht. Nach dem Ja zum Kantonswechsel von Bern zum Jura hatte in den Strassen des 7500-Seelen-Städtchens die ganze Nacht hindurch Ausnahmezustand geherrscht. Die Sieger der Abstimmung tanzten zu ohrenbetäubend lauter Musik auf Tischen und Bänken. Es ging friedlich zu und her, zu grösseren Zwischenfällen kam es laut der Polizei nicht. Am Tag danach zeugte nur noch ein auf den Bahnhofplatz gemaltes Wappen vom Sieg der Separatisten. «Le Jura, c'est nous!» Ein paar wenige Journalisten fingen verschlafene TV-Stimmungsbilder ein. In den Cafés sassen «les Prévôtois», wie die Einwohner hier genannt werden. Die Welt drehte sich weiter, als wäre nichts geschehen.

«Jetzt erst recht!»

Doch der Kantonswechsel wirft einige Fragen auf, die es in naher Zukunft zu beantworten gilt. Was passiert mit der Polizei, dem Gericht, dem Gefängnis, der Steuerverwaltung und dem Spital? Der Kanton Bern hat in den letzten dreissig Jahren in Moutier viel Infrastruktur aufgebaut und unterhalten. Nun muss alles neu organisiert und für die Dienststellen ein anderer Standort im Berner Jura gefunden werden.

Aber vor allem: Was heisst das Ja für die französische Minderheit im Kanton Bern? Von den rund 1 000 000 Einwohnern sind 100 000 französischer Muttersprache. Der frankofone Berner Jura alleine zählt 43 000 Einwohner – und diesen Kantonsteil verlassen nun 7500 Personen. Insgesamt verliert der Kanton Bern mit dem Verdict vom Sonntag also rund 8 Prozent seiner französischsprachigen Bevölkerung.

Wie Christian Kräuchi, Mediensprecher des Berner Regierungsrates, auf Anfrage sagt, «werden die Behörden ihre französische Minderheit auch weiterhin integrieren». Man werde sich so-

gar noch mehr Mühe geben – «jetzt erst recht!». Dass die Jurafrage für die Berner Regierung mit dieser Abstimmung abgeschlossen ist, hindere den Kanton nicht daran, auch in Zukunft eine Mittlerrolle zwischen West- und Deutschschweiz einzunehmen.

Politik ist Arithmetik

Der bernjurassische Regierungsratssitz sei zudem unbestritten, versichert Kräuchi. Ein Anspruch darauf sei gerechtfertigt. Es sei wichtig, dass die politischen Anliegen der französischsprachigen Minderheit eingebracht würden. Auch der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen betonte per Twitter, dass Bern ein zweisprachiger Kanton bleibe und dieser Sitz auch in Zukunft garantiert sei.

Etwas besorgter äussert sich der Berner SP-Ständerat Hans Stöckli. Zwar sei Politik Arithmetik, die deutschsprachige Mehrheit aber sei gut beraten, wenn sie den Sitz nicht infrage stelle. «Das wäre die falsche Antwort auf das Resultat.» Nun müsse die Zweisprachigkeit gesichert werden. Die Abstimmung vom Sonntag zeige, dass man diese nicht zum Nulltarif beibehalten könne. Stöckli wurde vom Berner Regierungsrat vergangenen Mai aus diesem Grund mit dem Präsidium einer Expertenkommission betraut. Diese soll den Stand der Zweisprachigkeit definieren und die Entwicklungsmöglichkeiten für ein Zusammenleben im Kanton Bern ausloten.

Die Arbeitsgruppe wird sich nun auf den Berner Jura fokussieren – ohne Moutier. Bis Ende Juni 2018 sollen konkrete Massnahmen vorgeschlagen werden. Die Initiative ergriffen hatte die Interjurassische Versammlung. Sie schlug 2009 vor, ein neues Kantonsgebilde mit dem Kanton Jura und dem Berner Jura zu schaffen oder die Zweisprachigkeit stärker zu fördern. Nach dem Nein zum neuen Kantonsgebilde im November 2013 hat der Kanton Bern begonnen, die Variante mit dem Titel «Status Quo Plus» voranzutreiben.

Fisibach muss im Aargau bleiben

ase. · Moutier dürfte auf absehbare Zeit die einzige Gemeinde bleiben, die an der Urne über einen Kantonswechsel entscheidet. Am Freitag hat die Aargauer Regierung nämlich die Gemeinde Fisibach zurückgepfiffen, die damit liebäugelt, sich dem Kanton Zürich anzuschliessen. Die Idee war in diesem Frühling spontan an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung entstanden. Das Nein aus Aarau lässt keinen Spielraum für Interpretationen offen. Es seien keine Gründe ersichtlich, «die einen derart grundlegenden Eingriff in die Struktur der Kantone Aargau und Zürich rechtfertigen würde», hält der Regierungsrat fest. Weder unter histori-

schen noch unter politisch-sachlichen Aspekten könne man von einer besonders stossenden oder unverständlichen Situation sprechen, heisst es in einer Medienmitteilung.

Es sind schulische Gründe, welche die Wechselgelüste geweckt haben. Heute werden die Primar- und Oberstufenschüler von Fisibach nämlich in den Zürcher Gemeinden Weiach und Stadel unterrichtet. Gemäss der Aargauer Regierung soll dies auch möglich sein, falls sich Fisibach im Rahmen des Projekts Rheintal+ mit neun anderen Gemeinden der Region zusammenschliessen sollte. Eine solche Fusion haben die Fisibacher im April abgelehnt.

IN KÜRZE

U-Haft gegen gambischen Ex-Minister verlängert

(sda) · Das Bundesstrafgericht in Bellinzona hat die Untersuchungshaft gegen den ehemaligen gambischen Innenminister Ousman Sonko bis zum 25. Juli verlängert. Sonko, der seit Ende Januar in der Schweiz inhaftiert ist, werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Bereits am 24. Februar hatte das Bundesstrafgericht die zunächst auf Ende April befristete Untersuchungshaft bis Ende Mai verlängert. Im am Montag veröffentlichten Entscheid lehnten die Richter in Bellinzona nun Sonkos Beschwerde gegen eine erneute Verlängerung wegen Flucht- und Kollisionsgefahr durch das Zwangsmassnahmengericht des Kantons Bern ab.

Unterstützungskomitee für Olympiakandidatur 2026

(sda) · Die Kantone Wallis, Waadt, Freiburg sowie die Stadt Sitten lancieren ein politisches Unterstützungskomitee für die Schweizer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026. Das Gremium soll dem Kandidaturkomitee «Sitzen 2026» mit seinen Kompetenzen und seinem Kontaktnetz Schützenhilfe leisten, wie es in einer Mitteilung vom Montag heisst. Präsiert wird es von Frédéric Favre, Walliser Staatsrat und Verantwortlicher des Dossiers. Die operative Verwaltung des Dossiers bleibt bei den Projektträgern um den Präsidenten des Kandidaturkomitees, Jean-Philippe Rochat. Das Unterstützungskomitee wird jedoch bei wegweisenden Entscheidungen einbezogen und soll über einen akzeptablen Finanzierungsplan wachen. Das Kandidaturdossier soll bis am 31. Juli 2017 beim Bund hinterlegt werden.